

15 «Rapport betr. Neuordnung des \$-Transfers. Sitzung beim Eidg. Finanz-
departement in Bern vom 28. Dezember 1944», 29. 12. 1944

[Verfasser des Protokolls ist Alfred Schaefer, Generaldirektor der Schweizerischen Bankgesellschaft]

29.12.44

Rapport betr. Neuordnung des \$-Transfers.

Sitzung beim Eidg. Finanzdepartement in Bern vom 28. Dezember 1944

Vertreten:

Bund und Industrie durch die Herren Dr. Hotz, Kellenberger [Vizedirektor der Finanzverwaltung], Dr. Homberger, Prof. Keller, Legationsrat Kohli, Dr. Frey [?], Präsident Weber [Schweizerische Nationalbank],

die Banken durch: die Herren Golay [Schweizerischer Bankverein], Gamper [Schweizerische Kreditanstalt], Würgler [Berner Kantonalbank], Hadorn [Schweizerische Volksbank], Dr. Schaefer [Schweizerische Bankgesellschaft].

Vorsitz: Dr. Hotz, Handelsabteilung

Aus der 4 1/2-stündigen Sitzung verdient folgendes festgehalten zu werden:

Dr. Hotz: Der \$-Anfall wird für die Nationalbank immer drückender. Ueber den 16 1/2 Millionen Exportrahmen für die Uhrenindustrie hinaus sollen nun alle Exporte der gleichen Regelung unterworfen werden vorläufig ohne Kontingentierung. Gleichzeitig wird das Uhrenkontingent auf 20 Mill. pro Monat erhöht. – Während für die eigentlichen Dollarländer die Relation 50:40:10 für die einzelnen Konti bzw. den Selbstbehalt bleibt, werden für die Nichtdollarländer, z.B. China, Indien, später auch Türkei, Iran, die Exporte ebenfalls unkontingentiert zugelassen auf Grund eines

Bescheides der Prüfungsstelle, wobei jedoch bei 10% Selbstbehalt für den Exporteur die restlichen 90% vollständig finanziert werden müssen, d.h. die Nationalbank vorläufig keinerlei \$-Abnahme zusagt. Das zu finanzierende Sperrkonto I wird ebenfalls mit Bundesgarantie auf 3 Jahre ausgestattet. Der Bund möchte die Finanzierung dieser Neuregelung den Banken überlassen auf Basis von 1% über dem Diskontsatz und würde eine Zusage der Banken als zusätzlichen Beitrag für die Verständigung mit den Alliierten und zur Verhütung sozialer Schwierigkeiten auffassen. Übrigens stehe mit den USA eine Auflockerung in Sicht.

Dr. Homberger: Der Export steht vor dem Zusammenbruch, der zum Teil allerdings gewollt ist, da eine weitere Lieferung auf Kredit an die Achsenstaaten etc. schon wegen der politischen Lage unmöglich ist. Mit Amerika bieten sich konkrete Geschäftsmöglichkeiten, insbesondere auf für die USA-Heeresbedürfnisse in Frankreich, wobei Kriegsmaterial ausgeschlossen bleibt. Auch für China, Türkei und den mittleren Osten sind Ansatzpunkte vorhanden. Die Belastung der Industrie durch den Selbstbehalt ist an und für sich schon gross. Die Bevorschussung muss also zu billigem Zins erfolgen. Damit werden auch die Banken wieder ins internationale Bankgeschäft eingeschaltet. Zwar ist die Finanzierung nicht lukrativ, aber eine soziale Notwendigkeit. Durch den 10%igen Selbstbehalt müssen auch das Goldrisiko und Goldmutationskosten gedeckt werden, sodass bei Dollarländern die Kosten für 3 Jahre auf ca. 6–7 1/2%, bei Nichtdollarländern auf 10–11% sich belaufen (sehr fragliche Rechnung). Der Zins ist also ein grosser Faktor, schon 1/2% mehr würden event. prohibitiv wirken.

Präsident Weber: Der seinerzeitige Beschluss auf Hochhaltung des Dollarkurses lag im Interesse der Wirtschaft. Bund und Wirtschaft müssen helfen, die Belastung der Nationalbank und eine inflatorische Wirkung durch den grossen Dollaranfall zu vermeiden. Die Privatbanken müssen sich einschalten, schon um die Tendenzen auf Schaffung einer Export- und Arbeitsbank zu bekämpfen. Die Nationalbank ist bereit, die Diskontierung weiterhin vorzunehmen. Die alte Diskonto-Politik ist erledigt, die Nationalbank müsse eine open-marked-Politik betreiben und die Zinssatz-Gestaltung des kurzfristigen Goldmarktes direkt beeinflussen bzw. stabilisieren. Der Bund hat bereits 400 Mill. eigenes amerikanisches Gold, die Nationalbank keine Wechsel im Portefeuille, sodass sie sich auch direkt mit dem Markt durch Direktfinanzierung verflechten könnte. Die von der Industrie auszustellenden Wechsel können event. doch als Handelswechsel qualifiziert werden; es handelt sich um ein staatlich garantiertes Papier. Präsident Weber plädiert lebhaft für 2 1/2%.

Legationsrat Kohli: Die Forderungen der USA auf Uebernahme der Dollars durch die Schweiz sind längst gestellt. Finanzschwierigkeiten bzw. interne Diskussionen würden die Diskrepanzen mit USA wieder aufleben lassen. Grössere Barackenerlieferungen nach Frankreich stehen in Aussicht.

Prof. Keller: USA und England verstehen unsere Bedenken schwer weil sie ihre eigene Währung als absolut gut erachten. Die interne Regelung ist ihnen nur so lange gleichgültig, als die Bezugsmöglichkeiten nicht tangiert werden. Sobald ein Preisaufschlag erfolgt, werden diese Bezugsmöglichkeiten gefährdet, sodass durch Bedenken der Banken eventuell viel verdorben wird.

Dr. Jacot, Finanzverwaltung: Das Konto II haftet nicht für Risiken, insbesondere nicht für die event. doch mögliche Aufhebung der Konversionsmöglichkeit in Gold.

Der Bund ist sowieso stark belastet, zusammen mit ca. 1 1/2 Milliarden Franken: Deutschland [ca. 850], Italien 260, Frankreich 45 Millionen, wozu noch 360 Mill. Goldvorräte in London und New York kommen. Die Zinsen auf 1 1/2 Milliarden à 2% machen im Jahr allein 30 Millionen aus.

Dieser gut organisierten Orchestrierung gegenüber, in welcher speziell Herr Dr. Homberger einige nicht sehr glückliche Töne («Vernachlässigung nationaler Pflichten») anschlug und Herr Präsident Weber sich durchaus nicht als Bankier der Banken, sondern eher als Bundesbeamter gebärdete, hatten die Bankenvertreter von vornherein keinen leichten Stand. Anlässlich einer vorgängigen Sitzung hatten wir uns über unseren Standpunkt geeinigt und wurden als Sprecher insbesondere Herr Golay und ich bezeichnet.

Herr Golay führte aus, dass die Banken im Prinzip mit der Finanzierung durchaus einverstanden seien, jedoch auf Basis von 2 1/2% mit einem Verlustgeschäft rechnen müssen. Unsere Liquidität werde geringer und wir müssten unsere event. höher verzinslichen Aktiven veräussern, um den neuen Ansprüchen gerecht zu werden. Der Bankverein rechne mit einer Moyenne auf Fremdgeldern incl. Spesen von 3,067%. Die Börsen- und Devisen-Gewinne fallen aus. Die Nationalbank sollte nicht durch allzu starke Reeskomptierung belastet werden müssen.

Herr Würigler begrüsst eine konstruktive Lösung, bezeichnet aber 2 1/2% als unmöglich. Schon bei der Uhrenindustrie sei dieser Satz bedenklich gewesen und habe nur angenommen werden können, weil es sich um ein limitiertes Engagement handle. Jetzt müssten unbestimmte Beträge auf unbestimmte Zeit bei langsam sich änderndem Goldmarkt vorgestreckt werden. Die Passivgelder kosten die Banken 2 1/2–3 %, der Rediskont sei doch eine gewisse Hypothek und für die Industrie mache die Differenz von 2 1/2–3 % bei einer Bevorschussung von 40% des Volumens für 3 Jahre nur 0,6% aus. Die Banken würden sich dafür andererseits bemühen, den Satz von 3% so lang wie möglich stabil zu halten.

Dr. Schaefer: Die Ware Geld hat, obgleich die Banken keine Konjunkturjahre hinter sich haben, im Unterschied zu allen andern Waren, keinen Preisaufschlag erfahren. Es ist ungerecht, dass der normale kleine Debitor, der im Schweizergeschäft arbeitet, 4 1/2% bezahlen soll und solche Dollarexporte mittelfristig zu 2 1/2% finanziert werden sollen. Natürlich bedeutete die Konzession an die Uhrenindustrie ein – angesichts der glänzenden Verdienstmarge dieser Branche übrigens völlig unbegründetes – Präjudiz und ist der psychologische Effekt einer Erhöhung des Satzes auf die Industrie zu berücksichtigen. Die Banken müssen aber auch einmal um Verständnis bei der Industrie ersuchen und können nicht immer die Gebenden sein. Nach und nach werden punkto Bedingungen die Ausnahmen zur Regel (Pflichtlagerkredite, Fleischeinlagerungen, Kohlenkredite, Uhrenindustrie, Gemeindeameliorationen, kriegswirtschaftliche Syndikate). Es handelt sich praktisch doch um die Finanzierung eines normalen Auslandgeschäftes, die auf die Dauer niemals zu derart anormalen Bedingungen erfolgen kann. Mit dem gleichen Recht könnten nach Frankreich, Italien und Spanien exportierende Firmen nachher ebenfalls solche Spezialbedingungen begehren. Die heutige Finanzierungsart der Banken durch Kassa-Obligationen und relativ hoch verzinsliche Depositen kann nicht ohne weiteres geändert werden. Speziell die Handelsbanken müssen mit dem Abgang ausländischer

Bankenkreditoren und ausländischer Guthaben (Frankreich) rechnen und man kann ihnen nicht zumuten, dass sie neben ihrer Gratis-Beschäftigung als Fiskal-Agenten die Industrie auf dieser abnormalen Basis finanzieren. Ueberdies ist zu berücksichtigen, dass es sich praktisch meist nicht um Wechsel, sondern um Konto-Korrent-Kredite handelt, da fast alle Firmen die Ausstellung von Wechseln ablehnen und auf Kassakrediten insistieren. Maximal wäre es möglich, zur Erleichterung des Startes der Aktion 2 1/2% für eine beschränkte Zeit zu konzedieren, unter der Voraussetzung, dass der Vorort seinen angeschlossenen Verbänden mitteilt, dass die Banken spätestens Mitte 1945 den Satz unter Einschluss der Uhrenindustrie auf 3% erhöhen müssen.

Dr. Homberger glaubte dies ablehnen zu müssen, da die Neuregelung für den Exporteur bereits eine Verschlechterung darstelle und alles vermieden werden müsse, was einen schlechten psychologischen Effekt und einen unglücklichen Start bedeuten könnte. Die Banken hätten wohl doch Mühe, nachzuweisen, dass 2 1/2% für sie ein Verlustgeschäft darstellen.

Dr. Hotz, der die Diskussion sehr versöhnlich leitet und dem Standpunkt der Bankiers als einziger Verständnis entgegenbrachte, appellierte nochmals an unser nationales Solidaritätsgefühl.

Nach einer internen Diskussion erklärten wir uns bereit zu nachstehend formulierter Lösung:

- 1) Wir halten ausdrücklich daran fest, dass schon jetzt der Satz von 2 1/2% für die Banken untragbar sei bezw. bei Einrechnung der festen Lasten ein Verlustgeschäft darstelle.
 - 2) Wir werden den der Bankiervereinigung angeschlossenen Instituten empfehlen, vorläufig die Finanzierung auf Basis von 2 1/2% vorzunehmen (wobei es selbstverständlich jeder Bank frei steht sich überhaupt solcher Geschäfte zu enthalten):
 - a) falls das Volumen – wie dies *Dr. Hotz* voraussieht – nicht sehr gross sein wird,
 - b) falls die Nationalbank ausdrücklich die allfällige unbeschränkte Diskontierung innerhalb der ordentlichen Limiten zusagt (Herr Präsident *Weber* glaubte sich dazu im Gegensatz zu seinen vorherigen theoretischen Ausführungen nicht verpflichtet zu können, wird aber dieses Gesuch seinem Ausschuss wohlwollend vorlegen),
 - c) dass spätestens bis Ende Mai die ganze Frage nochmals diskutiert wird und zwar im Sinne einer schon jetzt von den Banken angemeldeten Erhöhung von 3%, die sich auch auf die Uhrenindustrie erstrecken muss.
 - 3) In der Zirkular-Orientierung an seine Mitgliedsfirmen muss der Vorort diese Lösung ausdrücklich als entgegenkommendes Provisorium bezeichnen.
- Diese Vermittlungslösung wurde von den Vertretern des Bundes und der Industrie dankend entgegengenommen, von *Dr. Homberger* aber nachträglich im Gespräch nach wie vor als hart und unbegreiflich bezeichnet.

Intern haben wir vereinbart:

- 1) dem Handelsdepartement in einem gemeinsamen Schreiben unseren Standpunkt ausdrücklich darzulegen,
- 2) innerhalb der Bankiervereinigung uns zu bemühen, dass alle Institute dieser Lösung beipflichten, insbesondere auch was die zukünftige Erhöhung auf 3% anbelangt, wobei gleichzeitig nach Möglichkeit auf die Ausstellung von Wechseln von Anfang an gedrückt werden soll,

3) anlässlich der Krediteröffnungen den einzelnen Firmen, welche solche neue Kredite nachsuchen und bei erster sich bietender Gelegenheit den Firmen der Uhrenindustrie, welche schon jetzt diesen Ausnahmesatz von 2 1/2% geniessen, ausdrücklich mitzuteilen, dass dieser Satz nur provisorisch gilt und dass wir uns vorbehalten, denselben im Frühjahr auf 3% zu erhöhen.

4) bei dieser Gelegenheit endlich einmal abzufahren mit den lächerlich tiefen Sätzen, welche den kriegswirtschaftlichen Syndikaten (Cibaria, Käseunion etc.) ganz ungerichtfertigerweise gewährt werden.

Theoretisch sind wir also mit unserem Postulat unterlegen, praktisch halte ich persönlich aber die proponierte Lösung – auf die ich selber sehr insistiert habe – für besser, weil wir uns doch vorerst einmal in dieses vorläufig wohl kaum allzu grosse Ausmasse annehmende Geschäft einschalten, ohne dass von allen Seiten unter Berufung auf das unglückliche Präjudiz gegenüber der Uhrenindustrie gegen uns Sturm gelaufen wird und wobei wir doch die Möglichkeit haben, im Frühjahr auf der ganzen Linie und hoffentlich mit Zustimmung aller der Bankiervereinigung angeschlossenen Banken die Sätze zu erhöhen. Darauf sollten wir m.E. unbedingt insistieren, da wir sonst Gefahr laufen, unser ganzes normales Geschäft punkto Bedingungen ins Schwanken zu bringen.

[handschriftliches Kürzel:] Schaefer

Quelle: Archiv UBS, Bestand SGB, 12000002602. Siehe S. 267 (Anm. 546).